

Die Neonazis sind nicht ausgestorben, viele tragen eine Maske

Die jüdische Gemeinde in Österreich und der Staat Israel stellen der FPÖ keinen Hechsker aus. Der Grund für den Boykott von FPÖ-Ministern ist nicht die Nazi-Vergangenheit des deutschnationalen Lagers, sie hat sich davon nie klar distanziert. Das Problem ist, wer die FPÖ heute ist und wofür sie wirklich steht. Symbolische Israel-Besuche können darüber nicht hinwegtäuschen.

Ohne Zweifel geht die unmittelbarste Gefahr für Jüdinnen und Juden in Europa derzeit vom muslimischen Antisemitismus aus. Zuletzt hat er sich nach der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, entladen. Auch bei einer Demonstration in Wien wurde „Schlachtet die Juden“ und „Tod Israel“ gerufen, auf Arabisch und Persisch. Viel zu lange haben Zentrums- und Linksparteien die Augen vor muslimischem Antisemitismus verschlossen. Vielleicht aus Angst, sich einen Rassismusvorwurf einzuhandeln, vielleicht aus politischem Kalkül, um bei Wahlen muslimische Stimmen zu gewinnen. Vielleicht auch aus Desinteresse. Mit Charlie Hebdo, dem Pariser Stadion, einer U-Bahn-Station in Brüssel, der Strandpromenade von Nizza und dem Weihnachtsmarkt in Berlin hat ein Umdenken stattgefunden. Waren zuvor jüdische Schüler in Marseille, israelische Touristen in Bourgas oder im jüdischen Museum Brüssel die Ziele, ging der IS-Terror nun gegen alle vor, die in seinen Augen Ungläubige sind.

Und jetzt wollen uns Apologeten der schwarz-blauen Regierung weißmachen, dass dies das einzige Problem sei. Mitnichten! Die Neonazis sind nicht ausgestorben, viele tragen ein Maske.

Selbstverständlich sind nicht alle FPÖ-Politiker Neonazis. Die Tatsache, dass gleich 20 der 54 FPÖ-Abgeordneten im Nationalrat Mitglieder von Burschenschaften sind, spricht für sich. Während wir am 8. Mai die Kapitulation von Nazi-Deutschland als Befreiung Europas feiern, betrauern deutschnationale Burschenschafter das Ende des deutschen Reiches. Die Burschenschafter sind der ideologische Kern der FPÖ, in den Burschenschaften gelten Ariernachweise und die „Waidhofener Beschlüsse“ mit denen Juden die Ehre abgesprochen wurde werden von den Verbindungen nie zurückgenommen. Ja, die Parteiführung distanziert sich in Sonntagsreden von Antisemitismus. Gegen den Antisemitismus in den eigenen Reihen geht sie aber nicht vor. Im Gegenteil: Die FPÖ unterstützt die rechtsextreme Zeitung „Aula“, in der zuletzt Überlebende des KZ Mauthausen als „Landplage“ und „kriminell“ diffamiert wurden.

Oder nehmen wir das Beispiel von „unzensuriert.at“. Im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung wird diese Plattform dem „rechten, nationalistischen Lager“ zugeordnet. Die „veröffentlichten Inhalte sind zum Teil äußerst fremdenfeindlich und weisen antisemitische Tendenzen auf. Es werden auch verschwörungstheoretische Ansätze und eine pro-russische Ideologie vertreten.“ Der Chef dieser Plattform ist gestern zum Kommunikationschef des FPÖ-Innenministers bestellt worden. Der Verfassungsschutz ist im Innenministerium angesiedelt.

Auf die einfache Frage, ob er Antifaschist ist, antwortete der neue FPÖ-Verkehrsminister im Sommer 2016: „Nein.“

Das „Forum gegen Antisemitismus“ hat im Jahr 2016 insgesamt 477 antisemitische Vorfälle in Österreich registriert. Die Mehrzahl von 59 Prozent der Vorfälle sind keinem ideologischen Background zuzuordnen. 28 Prozent konnten rechtsextremen Tätern zugeordnet werden. Manchmal

lassen sie ihre Masken fallen, die einige Apologeten einer FPÖ-Regierungsbeteiligung für ausgestorben erklären.

Wenn jüdische Nationalratsabgeordnete, wie zum Beispiel David Lasar (FP) oder Martin Engelberg (VP) die FPÖ zu kaschern versuchen, dann ist der Versuch ihr gutes Recht.

Aber sie sprechen für niemanden als sich selbst. Die jüdische Gemeinde und der Staat Israel nehmen die moralische und historische Verantwortung wahr und fallen auf die Maskerade nicht herein.